

Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zur Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 9 „Geflügelhaltung in Brandenburg“ (Drucksache 6/1980)

Für mehr Tierwohl in der Nutztierhaltung

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. bei der Förderung von Stallbauinvestitionen ab dem Jahr 2016 nicht nur die Basisförderung zu streichen, sondern die „Premiumförderung“ außerdem als Förderung für eine bestmöglich tiergerechte Haltung zu gestalten. Dazu sollen auch Bestandsobergrenzen zählen, die sich an den Tierplatzzahlen der 4. BImSchV für ein förmliches immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung orientieren.
2. sich auf Bundesebene für eine Überarbeitung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung einzusetzen. Hierbei sind Puten in die Verordnung aufzunehmen und die Mindestanforderungen für die Haltung von Nutztieren deutlich stärker an den Bedürfnissen der Tiere auszurichten. Die Landesregierung soll sich weiterhin dafür einsetzen, dass verstärkt Tierwohl-Indikatoren anstatt baulich-technischer Merkmale als Grundlage für tierschutzrechtliche Kontrollen der Veterinärämter zur Anwendung kommen.
3. ein Netzwerk von Demonstrationsbetrieben in Brandenburg aufzubauen. Anhand von Best-Practice-Beispielen sollen besonders tiergerechte Haltungsformen, insbesondere auch der Verzicht des Kupierens von Schnäbeln und Schwänzen für eine landweite Umsetzung erprobt und aufgezeigt werden. Die Landesregierung soll den Wissenstransfer zwischen LandwirtInnen sowie zwischen Forschung, Lehre und Praxis zu Tierwohlaspekten stärker unterstützen und befördern.
4. den am 9. September 2015 von Experten im Ausschuss für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft vorgebrachten Vorschlag für den Einsatz mobiler Schlachtfahrzeuge in Brandenburg auf Umsetzbarkeit zu prüfen und den Ausschuss möglichst im 4. Quartal 2015 über die Ergebnisse zu informieren.

Begründung:

Die Ergebnisse der Großen Anfrage zur Geflügelhaltung zeigen eine massive Zunahme des Geflügelbestandes in Brandenburg. Innerhalb von nur 20 Jahren sind die Tierplatzzahlen von Legehennen, Hähnchen, Enten und Puten um insgesamt 75% auf 11,8 Millionen im Jahr 2012 gestiegen. Die Bio-Haltung macht hierbei insgesamt nur einen Anteil von vier Prozent aus.

Die Antworten der Landesregierung auf die Kleine Anfrage „Förderung von Tierhaltungsanlagen in Brandenburg „ (Drucksache 5/9298) machen außerdem deutlich, dass der Ausbau der industriellen Tierhaltung mit Millionenbeträgen vom Land gefördert wurde. Hierzu zählen beispielsweise der Neubau von 9 Legehennenställen in Bestensee (4,6 Millionen Euro Fördermittel), wo die ansässige GmbH in zwei Anlagen 1,8 Millionen Hühner hält oder der Neubau von weiteren 5 Legehennenställen mit 1,6 Millionen Tierplätzen in Neuhausen (3,6 Millionen Euro Fördermittel).

Bei einem derartig großen Einsatz öffentlicher Mittel sollte sichergestellt werden, dass die geförderten Stallbauten den wachsenden Anforderungen der Verbraucherinnen und Verbraucher an Tierschutz und Umweltverträglichkeit entsprechen.

Die Landesregierung wird deshalb aufgefordert, die Förderrichtlinie für einzelbetriebliche Investitionen ab 2016 umzustellen und Tierplatzobergrenzen als Ausschlusskriterium für eine Förderung von Stallbauten einzuführen. Um die hohe Nachfrage nach Produkten aus artgerechter Haltung in Berlin und Brandenburg besser bedienen zu können, sollen Fördermittel nur noch für eine bestmöglich tiergerechte Haltung vergeben werden - die sich von den einzuhaltenden Mindeststandards nah an der EU-Öko-Verordnung orientiert.

Die bundesweit geltende Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung gibt die Mindeststandards für die Haltung von Nutztieren zu Erwerbszwecken vor. Nach dieser Verordnung ist beispielsweise für Masthühner eine Besatzdichte von 39 Kilogramm pro Quadratmeter erlaubt. Dies entspricht bei einem Endmastgewicht von 1,5 Kilogramm pro Masthuhn 26 ausgewachsenen Tieren pro Quadratmeter. Für Mastputen sind keinerlei Regelungen enthalten, hier existiert bisher nur eine freiwillige Vereinbarung mit unzureichenden Vorgaben. Die Landesregierung wird deshalb aufgefordert, auf Bundesebene für eine Überarbeitung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung einzutreten und für die verschiedenen Nutztierarten Mindeststandards einzufordern, die sich an den Bedürfnissen der Tiere orientieren.

Beim Fachgespräch zur „Stärkung der regionalen Vermarktung im Land Brandenburg unter den Gesichtspunkten Tierhaltung/Tierwohl“ am 09. September 2015 im Agrarausschuss des Brandenburger Landtags wurde von mehreren Experten die Einrichtung eines Netzwerkes von Demonstrationsbetrieben in Brandenburg vorgeschlagen. Mit diesem Vorhaben könnte der Verzicht des Kupierens von Schnäbeln und Schwänzen anhand von beispielhaften Betrieben für eine landesweite Umsetzung aufgezeigt werden.

Aufgrund der hohen Anzahl von Tiertransporten für eine Schlachtung in anderen Bundesländern wurde von den Experten ebenso der Einsatz von mobilen Schlachtfahrzeugen in Brandenburg vorgeschlagen. Die Landesregierung hat bereits Interesse an einer Prüfung signalisiert und soll den Fachausschuss möglichst im 4. Quartal über die Ergebnisse und Möglichkeiten einer Umsetzung informieren.

Axel Vogel
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN